

ENERGIEWENDE IN STUTT GART

PODIUMSDISKUSSION MIT GEMEINDERÄTINNEN
UND GEMEINDERATS-KANDIDATINNEN

MITTWOCH, 12.03.2014, 19.00 UHR

ALTE SCHEUER DEGERLOCH

AM AGNES-KNEHER-PLATZ, GROßE FALTERSTRASSE 6A, 70597 STUTT GART

- EINTRITT FREI -

TeilnehmerInnen

Peter Pätzold,	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktionsvorsitzender
Philipp Hill,	CDU, Stadtrat, Sprecher im Sozialausschuss
Martin Körner,	SPD, Spitzenkandidat
Rose von Stein,	Freie Wähler, Gemeinderätin
Bernd Klingler,	FDP, Fraktionsvorsitzender
Hannes Rockenbauch,	Parteiloses Bündnis SÖS, Fraktionsvorsitzender
Christoph Ozasek,	DIE LINKE, Geschäftsführender Vorstand des Kreisverbands

Moderation

Hermann G. Abmayr, Filmemacher, Journalist und Sachbuchautor

Wie halten es die künftigen Gemeinderäte mit der Energiewende in Stuttgart?

Stuttgart ist in der Energiepolitik weit abgeschlagen!

- Der Anteil Erneuerbarer Energien ist im Vergleich zu anderen Städten gering.
- Die Kraft-Wärme-Kopplung, die eine Schlüsselrolle in der Energiewende spielen wird, ist in Stuttgart nur in einer nachgeordneten Rolle.
- Das vom Gemeinderat beschlossene CO₂-Minderungsziel von 30 % zwischen 1990 und 2005 wurde meilenweit verfehlt.
- Die klimarelevanten Emissionen in der Stadt werden nicht systematisch gemessen.
- Ein Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept, in dem konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende beschrieben sind, wurde in den letzten Haushaltsberatungen wieder nicht beschlossen.

Stuttgart bewegt sich energiepolitisch nach wie vor im Blindflug

Mit 100% kommunalen Stadtwerken könnte sich das ändern ...

Doch was macht der Gemeinderat ...

- Er entscheidet ohne Grundlage auf Empfehlung des Unterausschusses.
- Eine Debatte über die Energiepolitik der Stadt ist nicht erfolgt.
- Bei der wichtigen Netzbetreibergesellschaft wird der EnBW eine dreivierteil Mehrheit eingeräumt. Im Netzbetrieb verzichtet die Stadt damit freiwillig auf ihren kommunalen Einfluss und die damit verbundenen Erträge.
- Durch die Trennung der Netzgesellschaft in Eigentum und Betrieb werden unnötige Bürokratiekosten verursacht. Die Zeche zahlen die Stadt und die Bürger.
- Insgesamt fehlen der Stadt damit wesentliche Mittel, z.B. für einen besseren Nahverkehr.
- Beim Wasserbetrieb fordert die EnBW einen völlig überhöhten Preis. Anstatt einer politischen Auseinandersetzung mit den Eigentümern, der Grün-Roten Landesregierung und den Schwarzen Landräten der OEW, legt der Gemeinderat das Schicksal der Stadt in die Hände von Gerichten.

... hat der Gemeinderat Angst vor seiner eigenen Courage?

Wie mutig sind unsere neuen und alten Gemeinderäte?